Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf “weiterlesen” klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (AT)

Wir weisen darauf hin, dass die jeweiligen Anbieter für die Barrierefreiheit ihrer Angebote selbst verantwortlich sind und es durchaus sein kann, dass der Zugang von zunächst freien Inhalten nach einer Zeit beschränkt wird.

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. Tödliches Fracking
2. Die Ukraine aus der Sicht des globalen Südens
3. „Russland isolieren” (III)
4. Die USA heizen den Krieg an – mit Deutschland als Drehkreuz
5. Wir brauchen keinen Kalten Krieg mit China
6. Debatte um Impfpflicht – „Das Risiko-Nutzen-Profil verschiebt sich in eine ungünstige Richtung“
7. Biontech meldet Nettogewinn von zehn Milliarden Euro
8. Self-fulfilling prophecy
9. China: Abkehr vom Neokolonialismus?
10. Präsident Selenskij hat, um bewaffneten Widerstand zu organisieren, alle Schleusen geöffnet
11. Übergriffe und Kampagne: Nichts fürs Fernsehen
12. Was ist eigentlich aus den „Totengräbern“ geworden? Frankreich möchte den Orpea-Konzern verklagen
13. Ungleichheit und soziale Mobilität: Was wir aus der öffentlichen Wahrnehmung lernen können
14. Neue Ansätze in der EU-Wirtschaftspolitik – wohin geht der Weg?
15. Immobilien in und um Hamburg: Neuer Preisschock

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Verantwortlich für die Richtigkeit der zitierten Texte sind die jeweiligen Quellen und nicht die NachDenkSeiten. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Tödliches Fracking**
   US-Studie: Wer näher an Fracking-Standorten wohnt, stirbt früher

Eine Studie der US-Universität Harvard weist darauf hin, dass Menschen im Alter über 65 Jahre, die in der Nähe von US-Fracking-Standorten leben, früher sterben als Gleichaltrige mit Wohnort fernab entsprechender Industriestandorte. Sechs Wochen nach der Veröffentlichung vereinbarten der deutsche Umwelt- und Wirtschaftsminister Robert Habeck (Bündnis 90/ Die Grünen) und EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen mit US-Präsident Joseph Biden die Lieferung von noch mehr US-Flüssiggas.
Zum ersten Mal die Frage: Sterben Menschen wegen Fracking?
Fracking wird in den USA schon seit Jahrzehnten betrieben. Umweltschäden sind bekannt. Aber jetzt wurde zum ersten Mal untersucht: Sterben dabei Menschen?
Die aufwendige Studie wurde von zehn Forscher:innen unter Leitung von Longxiang Li an der School of Public Health der Elite-Universität Harvard erstellt. Exposure to unconventional oil and gas development and all-cause mortality in Medicare beneficiaries – Exposition gegenüber unkonventioneller Öl- und Gaserschließung und Gesamtmortalität bei Medicare-Begünstigten.
Fertiggestellt wurde die Studie am 17. Juli 2020, veröffentlicht am 27. Januar 2022 in der Zeitschrift Nature Energy. Schon im August 2021 war sie beim Jahrestreffen der International Society for Environmental Epidemiology (ISEE) vorgestellt worden.
Untersucht wurden die Gesundheitsdaten von 15 Millionen (genauer: 15.198.496) US-Amerikanern, die älter als 65 Jahre sind, vom staatlichen Medicare-Programm gesundheitlich versorgt werden und in der Nähe von Fracking-Standorten leben. Diese Gesundheitsdaten wurden mit den anderen US-Amerikanern dieser Altersgruppe verglichen, die nicht in solcher Nachbarschaft leben. Weil 95 Prozent der über 65-Jährigen in den USA von Medicare erfasst werden, hat die Studie eine hohe Aussagekraft.
Quelle: Werner Rügemer auf Telepolis

dazu auch: **Die große Illusion: Ohne Putins Gas wird es kalt in Deutschland**
Flüssiggas aus den USA ist vorerst eine Fata Morgana. Deutschland ist besonders unvorbereitet, was Alternativen zu russischem Gas betrifft. […]
Putin habe in einem Telefonat am Mittwoch zwar gesagt, das Gaslieferungen ab dem 1. April in Rubel zu begleichen seien, erklärte Regierungssprecher Steffen Hebestreit. „Zugleich betonte er in dem Gespräch, dass sich für die europäischen Vertragspartner nichts ändern werde.“ Die Zahlungen sollen demnach weiterhin ausschließlich in Euro an die Gazprom-Bank überwiesen werden, die nicht von Sanktionen betroffen sei. „Die Bank konvertiere dann das Geld in Rubel“, zitierte Hebestreit den russischen Staatschef.
Scholz habe dem nun von Putin erläuterten Verfahren allerdings noch nicht zugestimmt, sagte der Sprecher. Scholz habe „um schriftliche Informationen gebeten,

um das Verfahren genauer zu verstehen“.
In der Praxis haben die EU und vor allem Deutschland keine Alternativen, als sich irgendwie mit dem Kreml zu einigen. Ein Abdrehen des Gashahns würde umgehend zu Rationierungen der Energie führen. Alternative Einkäufe sind nicht möglich, denn es gibt weltweit nicht genug Flüssiggas (LNG) auf dem Markt. So ist laut Bloomberg die Zahl leerer LNG-Tanker aus Katar auf den höchsten Stand seit fast einem Jahr gestiegen. Der Grund: Katar produziert aus welchen Gründen auch immer aktuell weniger LNG. 21 Schiffe liegen ohne Ladung vor der Küste von Katar und warten auf Fracht, die sie nach Asien bringen sollen. Das bedeutet: Verzögerungen werden sich auch auf Lieferungen nach Europa auswirken.
Quelle: Berliner Zeitung

2. **Die Ukraine aus der Sicht des globalen Südens**
Während die westlichen Medien die russische Invasion in der Ukraine einhellig verurteilen und die öffentlichen Reaktionen sowohl in Europa als auch in Nordamerika dem folgen, ist die Berichterstattung in den Ländern des Südens weitaus weniger homogen. In Asien, im Nahen Osten, in Afrika und sogar in Lateinamerika schwanken die öffentlichen Äußerungen und die Meinung der Presse irgendwo zwischen (1) Befangenheit, (2) Sorge über die Auswirkungen des Krieges auf die Wirtschaft und (3) neuer Kritik am Westen. Gehen wir die Analyse anhand dieser drei Punkte durch.
Quelle: Relevante Ökonomik
3. **„Russland isolieren” (III)**
Fünf Wochen nach dem russischen Überfall auf die Ukraine ist es den westlichen Mächten noch immer nicht gelungen, Russland international zu isolieren. Gestern bemühte sich der außenpolitische Berater von Bundeskanzler Olaf Scholz, Jens Plötner, bei einem Besuch in Indien, New Delhi zur Abkehr von seiner Kooperation mit Moskau zu bewegen. Bereits zuvor waren andere Vertreter westlicher Staaten mit demselben Ziel in die indische Hauptstadt gereist, blieben aber erfolglos. Indien bezieht immer mehr Erdöl aus Russland und arbeitet weiter an einem vom US-Dollar und SWIFT unabhängigen Zahlungssystem. An den westlichen Russland-Sanktionen beteiligen sich immer noch nur 48 Länder; drei Viertel der UN-Mitgliedstaaten verweigern sich ihnen trotz teils erheblichen Drucks. Der saudische Außenpolitikexperte Mansour Almarzoqi bestätigt, er könne „absolut keinen Unterschied“ zwischen den Kriegen gegen den Irak (USA, 2003) und gegen die Ukraine (Russland, 2022) erkennen; er wirft dem Westen „Heuchelei“ vor: „Verborgen unter der dünnen Fassade des Diskurses von Menschenrechten und Demokratie“ liege das blanke „koloniale Erbe des Westens“.
Quelle: German Foreign Policy

dazu auch: **Europäische Phalanx gegen Russland schwächelt in Griechenland**
In Griechenland waren Vertreter des Senders Open TV unlängst dazu gezwungen, sich öffentlich in besonderer Deutlichkeit von Russland zu distanzieren. Grund war ein vorheriges ausdrückliches Lob ihrer Kriegsberichterstattung durch die russische Botschaft in Athen.
Ein griechischer Journalist bekam Morddrohungen, weil er in einer Radiosendung über das rechtsradikale ukrainische Asow-Regiment berichtete.
Die Beispiele zeigen: Die Lage in den griechischen Medien ist angesichts des Krieges in der Ukraine überaus kompliziert. Die Rede des ukrainischen Staatspräsidenten Wolodymyr Selenskyj im griechischen Parlament am Donnerstag wird daher ein Publikum mit einer äußerst heterogenen Einstellung erreichen.
Aus einschlägigen Umfragen ist erkennbar, dass die europäische Phalanx gegen den russischen Präsidenten Wladimir Putin in Griechenland eine ihrer Schwachstellen hat. Bei den Sanktionen und der humanitären Hilfe sieht es anders aus. Die überwältigende Mehrheit der Griechen unterstützt beides.
Quelle: Telepolis

4. **Die USA heizen den Krieg an – mit Deutschland als Drehkreuz**
   Die USA heizen den Krieg in der Ukraine weiter an. US-Präsident Biden ließ durchblicken, dass ukrainische Truppen in Polen geschult werden. Außerdem kommen Flugzeuge zur elektronischen Kampfführung nach Deutschland. […]
   Deutschland entwickelt sich damit erneut zum Drehkreuz eines bewaffneten Konflikts – genau wie schon im Irakkrieg. Dabei steigt das Risiko einer Verwicklung in die Kämpfe in der Ukraine immer mehr. Vor allem die USA kennen (fast) keine Grenzen mehr.
   So wurde jetzt bekannt, dass die Amerikaner auch ukrainische Soldaten für den Kampf gegen Russland in Polen ausbilden. Dies habe US-Präsident Biden versehentlich bei seinem Besuch in Warschau ausgeplaudert, meldet “Politico”.
   Polen wiederum will Kampfjets in die Ukraine schicken – und hat dafür offenbar das “Go” von Biden erhalten. Wenn stimmt, was in Kiew behauptet wird, dürfte der Krieg bald in eine neue, noch gefährlichere Phase gehen – und Deutschland mittendrin.
   Vielleicht sollte man sich in Berlin einmal Gedanken darüber machen, wo das alles enden soll. Der Ukraine-Konflikt wird immer mehr zum Stellvertreter-Krieg, in dem die USA (und Polen) immer offener Russland herausfordern. Ist das wirklich im deutschen Interesse?
   Quelle: Lost in Europe
5. **Wir brauchen keinen Kalten Krieg mit China**
   Einige Stimmen in den USA wollen eine Konfrontation mit China, die dem Wettrüsten

mit der Sowjetunion im Kalten Krieg ähnelt. Doch das würde weder für die Vereinigten Staaten noch für die Welt gut ausgehen.
Die Forderung von US-Präsident Joe Biden an China, Russland nicht bei seinem Einmarsch in der Ukraine zu unterstützen, hat für einigen Wirbel gesorgt. Diese Forderungen suggerieren, dass die Vereinigten Staaten in der Lage seien, China auf eine Weise wirtschaftlich zu bestrafen, die China mehr Schmerzen zufügt als uns. Für den Moment mag das stimmen, aber es ist nicht klar, ob das noch lange der Fall sein wird, und es könnte sein, dass es sich schon jetzt als Fehlkalkulation erweist.
China gilt gemeinhin als die zweitgrößte Volkswirtschaft der Welt nach den Vereinigten Staaten. Legt man jedoch die Kaufkraftparität zugrunde, so hat das chinesische BIP bereits im Jahr 2016 das US-amerikanische BIP überholt. Der IWF geht davon aus, dass es bis zum Jahr 2026, dem letzten Jahr seines Projektionszeitraums, um mehr als ein Drittel größer sein wird.
Quelle: Makroskop

6. **Debatte um Impfpflicht – „Das Risiko-Nutzen-Profil verschiebt sich in eine ungünstige Richtung“**
   Als Experte im Bundestag hat sich Andreas Radbruch vergangene Woche gegen eine allgemeine Impfpflicht ausgesprochen. Im Gespräch mit Cicero begründet der Immunologe seine Position und erklärt, warum bei der Immunantwort nicht nur Antikörper eine Rolle spielen und zu häufiges Boostern sogar kontraproduktiv sein kann.
   Andreas Radbruch ist wissenschaftlicher Direktor des Deutschen Rheuma-Forschungszentrums. Der ehemalige Präsident der Deutschen Gesellschaft für Immunologie hält eine Professur an der Berliner Charité und ist Past-Präsident der European Federation of Immunological Societies (EFIS).
   Herr Radbruch, Sie haben sich im Bundestag gegen eine Impfpflicht ausgesprochen. Warum?
   Die Impfpflicht birgt aus meiner Sicht eine Reihe von Nachteilen. Zum einen bringt das Impfen für den Fremdschutz auf Dauer gar nichts. Es schützt den Geimpften zwar gut vor einem schweren Verlauf, aber eben nur ihn selbst. Es schützt nur kurz davor, infiziert zu werden, und auch die Viruslast Infizierter ist genauso hoch. Wenn sich ein Geimpfter infiziert, versprüht er genauso viele Viren in seine Umgebung wie ein Ungeimpfter.
   Außerdem: Wir sprechen über eine Impflücke von maximal 15 Prozent, wahrscheinlich sogar weniger, weil es eine hohe Dunkelziffer an Menschen gibt, die infiziert waren und deren Immunstatus damit mindestens gleichwertig dem der Geimpften ist. Ein regelmäßiges Boostern – das dann ja drohen würde – ist aus meiner Sicht immunologisch nicht förderlich. Mir fehlt in dem Punkt ein bisschen die Kompetenz bei

den Leuten, die über die Ausgestaltung der Impfpflicht entscheiden.
Quelle: Cicero

dazu auch: **CDU: Allgemeine Impfpflicht findet im Bundestag keine Mehrheit**
Vor Abstimmung im Parlament liegen Positionen weit auseinander. Österreich hatte Impfpflicht wieder revidiert. Experte liefert Begründung für Festhalten an Zwangsregelung
Eine Woche vor der Abstimmung über eine allgemeine Corona-Impfpflicht im Bundestag versucht die SPD, das Vorhaben mit einem Kompromiss zu retten. Die SPD-Vorsitzende Saskia Esken hat in diesem Zusammenhang am Dienstag dieser Woche eine Annäherung an die oppositionelle Unionsfraktion in Aussicht gestellt. Die lehnte aber ab: Und klar ist damit, ob das Vorhaben in der bisherigen Form eine Mehrheit findet.
Quelle: Telepolis

7. **Biontech meldet Nettogewinn von zehn Milliarden Euro**
Im vergangenen Jahr lieferte Biontech 2,6 Milliarden Dosen des Coronawirkstoffs Comirnaty. Das sorgt beim Mainzer Unternehmen für einen üppigen Gewinn – und für Freude bei Anteilseignern. (…)
Weiteres Geld, bis zu 1,5 Milliarden Euro, soll in die Forschung und Entwicklung fließen. Sahin kündigte an, Biontech wolle nun »mehrere Programme zügig durch die Entwicklung bringen«, darunter mRNA-basierte Immuntherapien und Zelltherapien. Auch die Impfstoffkandidaten gegen Grippe und Gürtelrose sollen vorangetrieben werden.
Quelle: DER SPIEGEL

Anmerkung Christian Reimann: *Kein Wunder also, dass die deutsche Bundesregierung gegen die Aufhebung der Patente für die sog. Corona-Impfstoffe ist. Fraglich ist, ob der Gewinn des bereits 2008 gegründeten Unternehmens stabil bleiben wird.*

8. **Self-fulfilling prophecy**
Ab demnächst werden fast überall nur noch Kinder und Jugendliche flächendeckend auf eine Corona-Infektion getestet. Die Wahrnehmung, welche Rolle sie in der Pandemie spielen, wird dadurch noch schiefer werden – mit Folgen.
AUSGERECHNET CHRISTIAN DROSTEN. Der Charité-Chefvirologe, der so viel für das bessere Verständnis von Wissenschaft in der Pandemie geleistet hat, sitzt einem solchen Missverständnis auf. Die höchsten Corona-Inzidenzen, sagte er neulich im Tagesthemen-Interview, gebe es im Schulalter. “Das heißt, das kommt im Moment aus

den Schulen. Wenn aber jetzt Ferien sind, dann wird das unterbunden."
Jetzt könnte man sagen: Was stimmt denn daran nicht? In der vergangenen Kalenderwoche entfielen rund 248.000 der gut 1,5 Millionen ans Robert-Koch-Institut (RKI) gemeldeten Neuinfektionen auf die unter 15-Jährigen. 17,1 Prozent. Und die 7-Tages-Inzidenzen der 5- bis 14-Jährigen lagen bundesweit bei 2.600 bis 2.900 und damit bis zu anderthalbmal so hoch wie der Schnitt aller Altersgruppen.
Nur blendet eine solche Betrachtung zwei wichtige Aspekte aus. Erstens: Nur Kinder und Jugendliche müsse sich für den Besuch von Kitas und Schulen flächendeckenden, mehrfach in der Woche stattfindenden Pflichttests unterziehen. Was die für sie berichtete Inzidenz kaum vergleichbar macht mit den anderen, weniger getesteten Altersgruppen. Zweitens: Noch entscheidender ist die Dynamik, und auch die spricht diametral gegen die Rolle von Schulen im Infektionsgeschehen, die Drosten ihnen zuordnet.
Quelle: Jan-Martin Wiarda

9. **China: Abkehr vom Neokolonialismus?**
Vorabdruck. Neue Seidenstraße. Der Westen wirft China vor, weniger entwickelte Länder bewusst in eine Schuldenfalle zu treiben
In der kommenden Woche erscheint in der Berliner Edition Ost der Band »Der Umbau der Welt. Wohin führt die Neue Seidenstraße« von Uwe Behrens. Wir drucken daraus im folgenden das leicht gekürzte Kapitel »Die Schuldenfalle und der Neokolonialismus«. Wir danken Autor und Verlag für die freundliche Genehmigung zum Vorabdruck. (jW)
Mit seiner Finanzpolitik im Kontext der Neuen Seidenstraße betreibe China Schuldendiplomatie, was eine besondere Form des Neokolonialismus darstelle. So verbreiten es die westlichen Medien. Bejing wird gerügt, weil es mit seinen Krediten einerseits Staaten abhängig mache, sie in eine Schuldenfalle treibe, und andererseits damit sich immer mehr Märkte und Ressourcen erschlösse. Selbst wenn zuträfe, dass dieser Plan hinter allen chinesischen Aktivitäten steckte: Er wäre so neu und einzigartig nicht. Nicht anders handeln nämlich die imperialistischen Staaten – in denen diese Medien solches verbreiten – seit nunmehr wohl 150 Jahren. Die Chinesen hätten wohl keinen Anspruch auf ein Copyright. Allerdings ist diese Unterstellung unzutreffend, China wolle die Weltherrschaft und den Völkern sein Gesellschaftsmodell aufzwingen. Es ist eine zweckdienliche Propagandalüge, mit der Furcht vor einer vermeintlichen Bedrohung geschürt wird.
Quelle: junge Welt

10. **Präsident Selenskij hat, um bewaffneten Widerstand zu organisieren, alle Schleusen geöffnet**
Einer der ukrainischen Soldaten, die die russischen Kriegsgefangenen brutal

misshandelten, gehörte dem Asow-Regiment von Charkiw an und war nach Kriegsbeginn aus Untersuchungshaft zum Kämpfen entlassen worden.
Am Sonntag begann sich das Video im Netz zu verbreiten, das die brutalen Täter selbst aufgenommen hatten, wohl um zu zeigen, wie es russischen Soldaten ergeht, sollten sie zu Gefangenen der ukrainischen Streitkräfte werden. Zu sehen ist, wie auf einem Firmengelände in einem Dorf bei Charkow vermutlich am Sonntag drei gefesselten russischen Gefangenen gezielt in die Beine geschossen wird, weitere Soldaten liegen mit Schussverletzungen hilflos und schmerzverkrümmt am Boden und werden misshandelt. Ein massives Kriegsverbrechen, das auch noch dokumentiert und veröffentlicht wurde.
Quelle: Krass & Konkret

11. **Übergriffe und Kampagne: Nichts fürs Fernsehen**
Berlin: Angriffe auf sowjetische Ehrenmale dauern an. Grüne rücken Kundgebung zum Tag des Sieges in die Nähe von »kriegstreiberischer Propaganda«
Vor dem Hintergrund des Krieges in der Ukraine spitzt sich im Vorfeld des in Russland am 9. Mai begangenen Tages des Sieges über den Faschismus die Auseinandersetzung um die sowjetischen Ehrenmale in der Bundesrepublik zu. Insbesondere in Berlin gab es in den vergangenen Tagen mehrere Angriffe auf diese Gedenkstätten. Gleichzeitig nimmt eine Kampagne Konturen an, die die Botschaft vermitteln soll, die zentrale, von vielen Berlinern mit Wurzeln in den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion Jahr für Jahr besuchte Kundgebung zum Tag des Sieges am Ehrenmal im Treptower Park – bei der bislang auch Vertreter der Bundes- und Landespolitik Kränze regelmäßig niedergelegt hatten – sei ein Problem, weil sie vor allem von »Putin-Freunden« besucht werde.
Das inzwischen etablierte Verfahren, mit dem der russische Nationalismus bzw. seine Symbole für verbotswürdig erklärt werden, der ukrainische, historisch mit dem Nazismus kollaborierende Nationalismus aber offen oder verklausuliert goutiert wird, droht das Gedenken an die Niederlage des deutschen Faschismus zu kontaminieren. Sichtbar verwoben in die Übergriffe auf die Gedenkstätten und die Debatte über die Kundgebung im Treptower Park ist zudem der Versuch, deutsche Verbrechen zu relativieren bzw. die bisherige Praxis der Erinnerung an die Befreiung vom Faschismus in Frage zu stellen.
Quelle: junge Welt

12. **Was ist eigentlich aus den „Totengräbern“ geworden? Frankreich möchte den Orpea-Konzern verklagen**
Anfang Februar 2022 wurde hier dieser Beitrag veröffentlicht: „Die Totengräber“: Ein Pflegeheimskandal erschüttert Frankreich und mit Orpea geht es wieder einmal um die großen renditeorientierten Pflegeheimbetreiber. Darin ging es um

schwerwiegende Vorwürfe gegen den Orpea-Konzern in Frankreich – ein Pflegeheimkonzern, der in Europa mehr als 1.000 Einrichtungen betreibt, darunter auch in Deutschland. Auslöser war das Buch „Les Fossoyeurs“ („Die Totengräber“) von Victor Castanet. Personalmangel, Essensrationierung und Bewohner, die stundenlang in ihren eigenen Exkrementen liegen: Der Betreiber Orpea steht massiv in der Kritik, so ein Bericht in der FAZ.
Was ist daraus geworden? Erneut berichtet die FAZ unter der Überschrift Orpea-Skandal: Frankreich verklagt Pflegeheimkonzern: »Die Kritik am französischen Pflegeheimbetreiber Orpea wegen unlauterer Geschäftspraktiken reißt nicht ab. Eine Untersuchungskommission der französischen Regierung hat die seit einigen Wochen erhobenen Vorwürfe gegen das Unternehmen nun in weiten Teilen bestätigt. Wie das Haus der zuständigen Ministerin Brigitte Bourguignon am Wochenende mitteilte, wiesen die Autoren des Berichts auf „erhebliche Funktionsstörungen in der Organisation der Gruppe hin“. Diese gingen zulasten der Versorgung der Bewohner in den Pflegeheimen von Orpea. Das betreffe beispielsweise die Ernährungspolitik. Sie stelle nicht sicher, dass die Bedürfnisse der Bewohner erfüllt werden.«
Quelle: Aktuelle Sozialpolitik

13. **Ungleichheit und soziale Mobilität: Was wir aus der öffentlichen Wahrnehmung lernen können**
Österreich ist ein Land der Ungleichheiten. Die Vermögenskonzentration an der Spitze der Verteilung ist hoch und jüngste Studien legen nahe, dass Vermögen sogar noch stärker in den Händen weniger konzentriert sind, als bisher gedacht. Zugleich ist die soziale Mobilität und mit ihr die Chancengleichheit in der österreichischen Bevölkerung außerordentlich gering ausgeprägt. Eine Studie der OECD zeigt nun, dass diese Tatsache nicht nur Sozial- und Wirtschaftswissenschafter*innen beunruhigt, sondern auch von der Mehrheit der Bevölkerung als Problem angesehen wird.
Quelle: A&W blog
14. **Neue Ansätze in der EU-Wirtschaftspolitik – wohin geht der Weg?**
„Das Europäische Semester in Bewegung“. So lautet die Überschrift des dritten Kapitels im „Jahresbericht zum nachhaltigen Wachstum 2022“ der EU-Kommission. Tatsächlich wird das Europäische Semester weiter an politischem Gewicht gewinnen, spielt es doch eine zentrale Rolle bei der Umsetzung der Aufbau- und Resilienzfazilität und ist Dreh- und Angelpunkt der europäischen Wirtschaftspolitik. Auch im Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) wurde zum Jahresbericht eine Stellungnahme verfasst.
Quelle: A&W blog
15. **Immobilien in und um Hamburg: Neuer Preisschock**
In Hamburg geben inzwischen 39 Prozent der Mieterinnen und Mieter mindestens die

Hälfte ihres Einkommens für die Miete aus, wie LBS-Vorstandsmitglied Birgitta Göttelmann sagte. Entsprechend groß sei der Wunsch vieler Mieterinnen und Mieter, in einem Eigenheim oder einer Eigentumswohnung zu leben – und zwar unter anderem gerne im Grünen, mit Garten und in Gebäuden mit einem niedrigeren Energieverbrauch. Hinzu komme der durch die Corona-Pandemie verstetigte Wechsel vom Büro ins Homeoffice, der viele auch Immobilien im Umland ins Auge fassen lasse.
Quelle: NDR